



# POSITIONSPAPIER 2024

---

# POSITIONEN & FORDERUNGEN

Das Bundeselternnetzwerk der Migrant\*innenorganisationen für Bildung und Teilhabe (bbt) e.V. ist ein bundesweiter Dachverband, bestehend aus 17 Migrant\*innen - und Elternorganisationen, und agiert als Sprachrohr für Eltern mit Migrationsgeschichte in den Bereichen Bildung und Familie. Gemeinsam mit weiteren Akteur\*innen des Bildungsengagements arbeitet das bbt aktiv daran, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch politische Aufklärung, Sensibilisierung für Vielfalt und Vermittlung der Werte einer inklusiv-partizipativen **demokratischen Gesellschaft** zu unterstützen und gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Damit tragen wir dazu bei, Bildung und Schule neu zu gestalten und durch größere Flexibilität und Lernendenzentrierung zukunftsfähig zu machen. Gemeinsam mit anderen Migrant\*innenorganisationen setzt sich das bbt für eine inklusive Gesellschaft, gegen Rassismus und Diskriminierung und für die Einlösung des Gleichheitsversprechens unserer Gesellschaft ein. Wir arbeiten an der Schnittstelle von Migration, Bildung und Familie.

## Das Bildungssystem, soziale Ungleichheit und Migration

Unser Bildungssystem steht im Zentrum einer anhaltenden Debatte über Chancen-(un-)gleichheiten. Die 2023 veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie 2022 legen nicht nur das Bildungsversagen in Deutschland offen, sondern zeigen auch, dass die Bildungsungleichheit in Krisenzeiten weiter zugenommen hat. Besonders betroffen sind Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte, die im Vergleich zu Schüler\*innen ohne Migrationsgeschichte schlechtere schulische Erfolge erzielen. Die COVID-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten im Bildungssystem verschärft, da viele migrantische Kinder aufgrund begrenzter Ressourcen wie digitaler Ausstattung und fehlender Unterstützung beim Online-Lernen benachteiligt waren.

Viele (Bildungs-)Akteur\*innen sehen jedoch Kinder und Eltern mit Migrations- und Fluchterfahrung nicht nur für gescheiterte Bildungskarrieren verantwortlich, sondern machen sie auch zum Sündenbock für die gesamte miserable Bildungssituation in Deutschland. Dabei werden die zugrunde liegenden sozialen Strukturen ignoriert, was zu einer unangemessenen kulturalistischen Begründung von Bildungsungleichheiten sowie zu Stigmatisierungen und (weiteren) Viktimisierungen von Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte führt. Um eine gerechte Bildung für alle Schüler\*innen sicherzustellen, ist es allerdings entscheidend, sich auf die strukturellen Ursachen im Bildungswesen zu konzentrieren.

Das deutsche Bildungssystem ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern durch eine besorgniserregende Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg gekennzeichnet. Nicht nur die jüngste PISA-Studie, sondern auch zahlreiche Untersuchungen wie der Bildungsbericht, IGLU-Studien etc. haben den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Migration, Armut und **mangelnden Bildungschancen** aufgezeigt. Geringe Bildung und Arbeitslosigkeit der Eltern sowie das Armutsrisiko im Haushalt sind zentrale Risikofaktoren, von denen Schüler\*innen mit Migrations- und Fluchterfahrung besonders betroffen sind. Der Bildungsbericht 2022 macht deutlich, dass "8% der Kinder mit Migrationsgeschichte, aber nur 1% der Kinder ohne Migrationsgeschichte" (Autor\*innengruppe 2022) von allen drei Risikolagen betroffen sind.

## Zwischen Vielfalt und Diskriminierung

Ein weiterer zentraler Aspekt in der Bildungspolitik ist die Sprachförderung für Kinder mit Migrationsgeschichte, insbesondere für Neuzugewanderte, unabhängig von einer möglichen Fluchterfahrung. Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist für den schulischen Erfolg dieser Kinder entscheidend. In diesem Kontext spielt die Förderung frühkindlicher Bildung in Kindertagesstätten (Kitas) eine besonders wichtige Rolle. Zahlreiche Studien belegen, dass der frühe Kita-Besuch sowohl die Sprachentwicklung als auch die schulische Integration dieser Kinder signifikant fördert.

Dabei sind die Qualität der Kindertagesstätte und ein rassismuskritisches Umfeld von entscheidender Bedeutung. Rassismuskritische Ansätze in der Ausbildung der Erzieher\*innen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Nach wie vor stellt die begrenzte Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen, besonders für neu zugewanderte Familien, eine Herausforderung dar, die den Zugang zu diesen wichtigen Bildungsangeboten erschwert. Eine bessere Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen und gezielte Unterstützung bei der Einschulung sind daher essenziell, um Bildungsungleichheiten abzubauen.

Trotz einiger positiver Ansätze reflektieren in vielen Schulsystemen weder die Lehrpläne noch die Unterrichtsmethoden die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Schülerschaft, was häufig zu einer Benachteiligung von Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte führt. Diese Diskrepanz zwischen der Diversität der Schüler\*innen und den Lehrinhalten kann zur Marginalisierung migrantischer Perspektiven beitragen und somit die Bildungschancen dieser Kinder einschränken.

Rassismus und Diskriminierung wirken sich negativ auf den schulischen Erfolg sowie das Selbstwertgefühl von Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte aus. Die Nichtanerkennung von Herkunftssprachen im schulischen Umfeld kann langfristige Folgen für die persönliche Entwicklung und Bildungslaufbahn haben. Im Gegensatz zu verbreiteten Annahmen fördern Herkunftssprachen laut zahlreichen Studien den schulischen Erfolg. Das deutsche Bildungssystem zeigt oft Ignoranz gegenüber der Mehrsprachigkeit seiner Schüler\*innen, was Gefühle der Nichtanerkennung und Entfremdung verstärkt. Der Mangel an Ressourcen, Programmen und Unterstützung zur Förderung von Mehrsprachigkeit erschwert die Integration und Anerkennung von Herkunftssprachen.

Eine Schulumgebung, die sprachliche und kulturelle Vielfalt unterstützt, ist für den individuellen Erfolg der Schüler\*innen entscheidend und fördert das Verständnis sowie die Wertschätzung kultureller Diversität in der Gesellschaft. Daher ist die Förderung sprachlicher Vielfalt im deutschen Bildungssystem unerlässlich für den Schulerfolg und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Des Weiteren erleben Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte oft rassistische Diskriminierung, sowohl bewusst als auch unbewusst, durch Lehrkräfte. Beispiele hierfür sind eine schlechtere Benotung oder das Vorenthalten von Schullaufbahneempfehlungen. Viele Lehrkräfte sind auf die Herausforderungen einer pluralistischen, rassismuskritischen Schule unzureichend vorbereitet, da diese Aspekte in ihrer Ausbildung oft unberücksichtigt bleiben.

Eine verbesserte Ausbildung und regelmäßige Fortbildungen der Lehrkräfte in Bereichen wie migrationsgesellschaftliche Kompetenzen ist daher entscheidend. Sie würde zu einer sensibleren Schumatmosphäre beitragen. Zudem ist die Förderung eines rassismuskritischen Unterrichts und entsprechender Methoden wichtig.

Ebenso wenig ist das deutsche Bildungssystem auf die Bedürfnisse der Eltern mit transnationalen Migrationserfahrungen vorbereitet. Diese Elterngruppe wird nach wie vor nicht als Bildungspartnerin anerkannt. Es mangelt bspw. an mehrsprachigen Informationsmaterialien und anderen notwendigen Ressourcen.

Für den Bildungserfolg ist es jedoch entscheidend, diese Eltern nicht als Hindernis, sondern als wertvolle Ressource zu betrachten. Es gilt, die bestehenden Hindernisse zu identifizieren und Strategien zu entwickeln, um die Eltern in ihrer Rolle zu stärken und zu befähigen.

Der föderale Ansatz im Bildungswesen mit 16 unterschiedlichen Bildungssystemen führt dazu, dass strukturelle Veränderungen nur länderspezifisch anstatt bundesweit einheitlich angegangen werden können.

Diese kursorische Beschreibung der Herausforderungen zeigt, wie dringend notwendig gezielte Maßnahmen sind, um die Bildungschancen von Kindern mit Migrationsgeschichte zu verbessern. Bildungseinrichtungen und politische Entscheidungsträger\*innen sollten ihre Anstrengungen verstärken, um diese dauerhafte Risikosituation anzugehen und die Qualität der Bildung für alle Schüler\*innen zu verbessern. Es ist ein ganzheitlicher und nachhaltiger Ansatz erforderlich.

Das Bildungssystem muss sich weiterentwickeln, um ein integratives, gerechtes und vielfältiges Lernumfeld zu schaffen, das allen Kindern gleiche Bildungsmöglichkeiten bietet. Die Zusammenarbeit mit Eltern und deren demokratische Beteiligung am Schulleben sollten gefördert werden, um ein besseres Bildungssystem zu schaffen.

Das Bundeselternnetzwerk der Migrant\*innenorganisationen für Bildung und Teilhabe (bbt) e.V. nimmt sich dieser Aufgabe an und stellt folgende Forderungen auf, um sich für gerechte, moderne, diverse und inklusive Bildungschancen für alle stark zu machen.



# 1. Strukturelle Stärkung der Migrant\*innen- und Elternorganisationen und Förderung der demokratischen Migrant\*innenorganisationen für die ganzheitliche Unterstützung von Familien

Demokratisch aufgestellte Migrant\*innen- und insbesondere Elternorganisationen sind oft der erste Ansprechpartner für neu zugewanderte Eltern, die Schwierigkeiten haben, sich im deutschen System zurechtzufinden. Damit verfügen sie über einen exklusiven und vertrauensvollen Zugang zu Eltern und Familien, deren Teilhabe durch zahlreiche institutionelle Barrieren und mangelnde Kenntnisse des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Deutschland erschwert ist. Diese Zielgruppen gelten weitgehend als „schwer erreichbar“. Insbesondere an der Schnittstelle zwischen herkunfts- und armutsbedingten Defiziten bieten sich weitreichende Unterstützungsmöglichkeiten und ein Ansatz, um gesellschaftliche Problemlagen lösen zu helfen.

Die Organisationen unterstützen die Eltern und Familien in Bezug auf den Bildungsweg und die gesellschaftliche Teilhabe ihrer Kinder sowie hinsichtlich weiterer familiärer Problemlagen, meist im Rahmen aufopferungsvoller ehrenamtlicher Tätigkeit, während professionelle Angebote der Unterstützung für sie wenig zugänglich sind. Ehrenamtliche Tätigkeiten sind nur dann dauerhaft erfolgreich, wenn diese durch Hauptamtliche unterstützt werden und klare Qualitätsstandards gewährleistet sind. Ehrenamtliche übernehmen viele Aufgaben, die in den Bereich kommunaler Pflichtaufgaben fallen, unentgeltlich und leisten damit einen bisher zu wenig wertgeschätzten Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: sie unterstützen Familien ganzheitlich und oft über einen langen Zeitraum hinweg, bieten psychosoziale Unterstützung und helfen in allen möglichen Lebenslagen.

Diese Organisationen müssen strukturell und finanziell gestärkt werden, damit

- Migrant\*innenorganisationen sich professionalisieren und strukturell verankern können, um Angebote der Unterstützung für Familien selbst wahrnehmen zu können, anstatt die Familien lediglich an Fachdienste weiter zu verweisen. Migrant\*innenorganisationen sollten unterstützt werden, Angebote wie Familien- und Erziehungsberatung, psychosoziale Beratung, Sozialberatung, Schullaufbahnberatung etc. aufbauen zu können und damit zielgruppen-gerechte Angebote auszubauen.
- die Zugänglichkeit sämtlicher Unterstützungsangebote für Familien mit Einwanderungsgeschichte erleichtert wird, und zwar in Zusammenarbeit mit Migrant\*innenorganisationen, Elternvereinen und Selbsthilfenetzwerken (siehe „Elternsein in Deutschland“, 9. Familienbericht in Kurzfassung, S. 26). Die interkulturelle Öffnung der Regeldienste und die Erweiterung der finanziellen Grundlagen für migrations-sensible Unterstützungsangebote sind weiter notwendig, ersetzen aber nicht den communitybasierten Ansatz der migrantischen Akteur\*innen.
- migrantische Organisationen ihre wichtige Rolle für die Kommunikation in gesellschaftlichen Krisenzeiten besser wahrnehmen können. Sich im Bildungssystem niederschlagende Krisen wie die Co-



ronapandemie, der Krieg Russlands gegen die Ukraine oder der Krieg in Israel/Palästina können mit der Unterstützung von Migrant\*innenorganisationen besser gemeistert werden, die bei entsprechender Ausstattung eine wichtige Rolle bei der Kommunikation mit Eltern sowie bei der

Erstellung von Konzepten für die schulische Verarbeitung derartiger Krisen unterstützen können.

## 2. Neue Unterstützungs- und Beteiligungsmodelle für Eltern und Aufstellen von Qualitätsstandards für die Zusammenarbeit mit Eltern

Die **Elternbeteiligung** im deutschen Bildungssystem, sowohl im vorschulischen als auch im schulischen Bereich, ist zwar gewünscht und gesetzlich festgelegt, wird aber unzureichend umgesetzt. Bei der Konzipierung und Schaffung neuer Unterstützungsmodelle für Eltern mit Einwanderungsgeschichte besteht das bbt auf der Berücksichtigung folgender Punkte:

- Die Elternunterstützung soll schulseitig vornehmlich durch hauptamtliche Kräfte erfolgen (ähnlich den Schulsozialarbeiter\*innen), die durch ihre Tätigkeit sowohl alle Eltern bei ihren Fragen und Bedarfen als auch die aktiven Ehrenamtlichen (Eltern) unterstützen.
- Eine Verstetigung durch nachhaltige Finanzierung und keine ausschließliche Arbeit auf Projektbasis ist notwendig.
- Die Elternunterstützung braucht „geschützte Räume“ zum Austausch, die von den Institutionen garantiert werden. Hierzu gehört auch eine Verlässlichkeit der Angebote, z.B. durch regelmäßige Sprechstunden.

- Eltern mit Einwanderungsgeschichte bzw. Rassismuserfahrungen sollen sich vermehrt in Elternbeiräten und -vertretungen beteiligen. Wirksame Maßnahmen sollen dies fördern.
- Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit müssen bedarfsorientierte regelmäßige Angebote und mehrsprachige Materialien bereitgestellt werden, die auch Sprachmittlung sowie Informationen über die Rechte, Beteiligungsmöglichkeiten und Pflichten der Eltern beinhalten.

Ehrenamtliche Eltern- und Bildungslots\*innen leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Zusammenarbeit mit Eltern. Eine Voraussetzung, damit sie gut arbeiten können, sind Mindeststandards für die Schulung und Begleitung der Eltern- und Bildungslots\*innen zu Themen wie Moderationstechniken, Mediation, deutsches Bildungssystem (insbesondere auf Länderebene). Um diese Standards umzusetzen, müssen die Lots\*innen geschult und begleitet werden, und zwar von Hauptamtlichen, ohne die Ehrenamt nicht funktioniert.

### 3. Entwicklung einer Bundesstrategie zur Armutsprävention und -bekämpfung

Ungleiche Bildungschancen und Benachteiligung aufgrund von Armut stellen ein drängendes Problem dar, von dem insbesondere jedes vierte Kind mit Migrationsgeschichte in Deutschland betroffen ist. Die **Auswirkungen von Armut** sind vielfältig und stehen in enger Verbindung zu struktureller Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung, eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe und sogar Stigmatisierung, Ghettoisierung sowie Radikalisierung. Kinder und Eltern, die über längere Zeit in Armut leben, sehen sich mit stark eingeschränkten Möglichkeiten in ihrer Entwicklung und Bildung konfrontiert.

Um dieser Problematik zu begegnen, bedarf es einer Bundesstrategie zur Armutsprävention und -bekämpfung in Deutschland, die folgende Schwerpunkte umfasst:

- Qualitativer Ausbau der Ganztagsförderung: Die Integration von kultureller Vielfalt, Sprachförderung, Elternarbeit und individueller Unterstützung in die Ganztagsförderung ermöglicht es, ein umfassendes und auf die Bedürfnisse von Kindern mit Migrationsgeschichte zugeschnittenes Bildungsangebot zu schaffen.
- Ausreichende Bildungsangebote und eine Erhöhung von Armutssensibilität in Kita und Schule: Dies beinhaltet die Bereitstellung zusätzlicher Sprachförderkurse und Unterstützungsmaßnahmen zur Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten von Kindern sowie die Sensibilisierung des pädagogischen Personals für die spezifischen Herausforderungen, mit denen Kinder und Familien mit Migrationsgeschichte konfrontiert sind. Zudem sollten finanzielle Unterstützungsmaßnahmen wie Zuschüsse für Lernmaterialien oder Schulausflüge angeboten werden, um die finanzielle Belastung betroffener Familien zu verringern.
- Stärkung der Teilhabe durch Verbesserung der Mobilität: Dies umfasst die Bereitstellung von Informationen über öffentliche Verkehrsmittel und Mobilitätsangebote, um die Teilhabe an außerschulischen Aktivitäten und Veranstaltungen zu erleichtern. Zudem sollten Projekte zur Schülerbeförderung gefördert werden, insbesondere in Regionen mit eingeschränkter Verkehrsanbindung, um den Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten zu verbessern.


### 4. Einrichtung von Beschwerdestellen für Diskriminierungsfälle im Rahmen einer Gesamtstrategie gegen alle Formen von Diskriminierung und Rassismus!

Das bbt fordert, dass diskriminierendes und rassistisches Verhalten, welches leider immer noch ein Teil des Schulalltags in Bildungseinrichtungen ist und oft ungeahndet bleibt, ggf. strafrechtlich verfolgt wird und Konsequenzen nach sich zieht. Es ist essenziell flächendeckend

lokale und regionale sowie interne und externe Beschwerdestellen einzurichten, um konkrete Fälle von Diskriminierung und Rassismus im Bildungsbereich gezielt aufarbeiten und dadurch das Vertrauen benachteiligter Gruppen in das deutsche Bildungssystem stärken bzw.







wiederherstellen zu können. Aktuell bestehen jedoch Defizite hinsichtlich der Unabhängigkeit dieser Stellen. Interne Beschwerdestellen sind oft nicht vollständig unabhängig und können potenziellen Interessenkonflikten ausgesetzt sein. Um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten, sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, sie über die Senatsverwaltung an einer Schule anzustellen. Eine klare Trennung der Zuständigkeiten und eine unabhängige Positionierung der Beschwerdestellen sind entscheidend, um eine effektive und vertrauenswürdige Anlaufstelle für Anliegen im schulischen Umfeld zu etablieren.

Darüber hinaus müssen Bildungseinrichtungen und Ämter im Bildungsbereich eine umfassende Strategie gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus entwickeln und umsetzen. Diese Strategie sollte konkrete, messbare und sanktionierbare Maßnahmen gemäß der Durban, Declaration and Program of Action (DDPA) beinhalten und aktiv die Mitwirkung von Eltern, Elternvertretungen sowie Migrant\*innen- und Elternorganisationen einbeziehen.

## 5. Förderung von Mehrsprachigkeit und Sprachmittlung im Bildungssystem

Für Familien mit Migrationsgeschichte sind die Mehrsprachigkeit, und gezielte Sprachmittlung von zentraler Bedeutung, ebenso wie die Einbindung der Eltern in die Bildungsprozesse ihrer Kinder. Mehrsprachige Bildung fördert Gerechtigkeit und Inklusion, indem sie allen Schüler\*innen gleiche Chancen bietet und sprachliche Vielfalt würdigt. Sie unterstützt Muttersprachen und das Erlernen neuer Sprachen. Für effektive mehrsprachige Bildung

Sie sollte regelmäßig auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Dies umfasst unter anderem die Förderung vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung als inklusives Praxiskonzept in Bildungseinrichtungen sowie die Darstellung und Berücksichtigung von Vielfalt und Diversität in Schulbüchern, um Diskriminierung entgegenzuwirken.

Das bbt fordert weiterhin, dass Verstöße gegen die **UN-Kinderrechtskonvention** in Bezug auf Rassismus und Diskriminierung sanktioniert werden sollten. Bisher gibt es keine Regelung, die Lehrkräfte für rassistische Äußerungen oder Verhaltensweisen im Unterricht zur Rechenschaft zieht. Eine Überarbeitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist erforderlich, wobei die DDPA als Grundlage dienen sollte. Zudem fordert das bbt die Anwendung des AGG auf den öffentlichen schulischen und hochschulischen Bildungsbereich.

sind politische Unterstützung, ein umfassendes Konzept von der Frühförderung bis zur Ausbildung und die Integration verschiedener Ansätze nötig. Zudem sollten bürokratische Barrieren für ausländische Lehrkräfte abgebaut werden, um deren Fähigkeiten in deutschen Schulen nutzen zu können. Das bbt plädiert dafür, Sprachmittlung nicht nur als praktisches Werkzeug zur Überbrückung von Sprachbarrieren zu betrachten, sondern auch

als Schlüssel für Teilhabe und Integration. Neben dem erleichterten Zugang zu Lerninhalten ermöglicht sie zusätzlich die Kommunikation zwischen Lehrenden und Eltern. Den Eltern fehlen oft basale Informationen zum Schul- und Bildungssystem, dessen Komplexität ohne gezielte Vermittlung und Unterstützung kaum zu durchschauen ist. Zugleich nehmen zugewanderte Eltern aufgrund von **Sprachbarrieren** Angebote zur Beteiligung in den Institutionen seltener wahr.


Mangelnde Kenntnisse des deutschen Bildungssystems, der eigenen Rechte und der Rechte der Kinder sowie in den Herkunftsländern geprägte Vorstellungen von Schule und Bildung, aber auch eigene negative Erfahrungen im deutschen (Bildungs-)system wie Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen können dazu beitragen, dass Eltern sich ausgegrenzt fühlen und sich in der Folge distanzieren.

Im Zuge dessen ist besonders die schwierige Ausgangslage von Geflüchteten und Sinti\*zze und Rom\*nja im deutschen Bildungssystem hervorzuheben, da sie oft Opfer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind (DOSTA 2023). Das bbt fordert den schnelleren Zugang von geflüchteten Schüler\*innen in Regelschulklassen, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Alter oder Herkunft. Dabei sind die rechtlichen Maßnahmen zur Gewährleistung dieses Zugangs ebenso wichtig wie die Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen. Didaktische Notwendigkeiten müssen ebenfalls berücksichtigt werden, um eine ganzheitliche Unterstützung der geflüchteten Schüler\*innen in den Regelklassen sicherzustellen. Andere Maßnahmen - wie z.B. Willkommensklassen - sollen eine klare zeitliche Begrenzung erhalten.

## 6. Entwicklung lösungsorientierter Strategien gegen Lehrkräftemangel und Anerkennung von ausländischen Qualifikationen

Angesichts des bestehenden Lehrer\*innen-fachkräftemangels ist eine gezielte Investition in die Gewinnung, Ausbildung und Qualifizierung von Lehrkräften dringend erforderlich. Das bbt appelliert an Bildungsinstitutionen und politische Entscheidungsträger, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um den Mangel an Lehrpersonal zu beheben. In diesem Zusammenhang fordert das bbt eine umfassende

Anerkennung ausländischer Qualifikationen, um qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland den Einstieg in den deutschen Schuldienst zu erleichtern. Die Abschaffung des C2-Qualifikationsnachweises und die Einführung einer Ein-Fach-Anerkennung sind wichtige Schritte, um die Hürden für ausländische Lehrkräfte zu reduzieren und ihren Zugang zum deutschen Schuldienst zu beschleunigen.



Das bbt betrachtet die Entwicklung und finanzielle Unterstützung von Modellen, die den Quereinstieg und Seiteneinstieg von ausländischen Lehrkräften erleichtern, als wesentlich. Dies umfasst berufsbegleitende Studiengänge des zweiten Fachs, **pädagogische Weiterbildungen** und Sprachfördermaßnahmen. Es ist unerlässlich, den Lebensunterhalt während dieser Bildungsphasen sicherzustellen, und es bedarf einer sorgfältigen Klärung der Finanzierungsmöglichkeiten.

Das Bundeselternnetzwerk unterstreicht die Bedeutung der Unterstützung von Lehrkräften mit vielfältigen kulturellen Hintergründen, um eine inklusive und integrative Lernumgebung zu fördern. Die erhebliche Diskrepanz zwischen dem geringen Anteil an Lehrerinnen mit Migrationsgeschichte (13 %) und dem hohen

Anteil an Schülerinnen mit Migrationsgeschichte (durchschnittlich 39 %), ganz zu schweigen von der Situation auf Schulleitungsebene, erfordert dringende Maßnahmen.

Es sollten gezielte Rekrutierungsbemühungen durch Werbekampagnen und Stipendienprogramme unternommen werden. Diversifizierte Einstellungsverfahren ohne Diskriminierung sind zu befürworten, ebenso wie die Unterstützung bei der beruflichen Entwicklung. Die aktive Beteiligung von Lehrkräften mit Migrationsgeschichte an Bildungspolitik und -praxis sollte gefördert werden.

## 7. Die Rolle der KMK als Austauschplattform stärken

Die erwähnten Unzulänglichkeiten des Bildungssystems in Deutschland können besser bewältigt werden, wenn diese im länder-übergreifenden Kontext thematisiert und angegangen werden. Dazu eignet sich die Kultusministerkonferenz besonders gut, wenn deren Rolle neu bestimmt wird. Neben dem Austausch zwischen den einzelnen **Bildungsministerien** sollte die KMK als Plattform eines regelmäßigen Austausches mit

den Vertreter\*innen der migrantischen Elternorganisationen sowie anderen Akteur\*innen des Bildungsengagements genutzt werden. Die Ergebnisse müssen in Maßnahmen münden, die verpflichtend umgesetzt und evaluiert werden sollen. Dadurch wird ermöglicht, dass bildungsbezogene Themen der migrantischen Eltern zunehmend länder-übergreifend einheitlich angegangen und gelöst werden.

# Literatur

DOSTA (2023): Dokumentation Antiziganistischer Vorfälle 2021 & 2022.

**Link:** <https://amaroforo.de/wp-content/uploads/2023/04/Dokumentation2021.22-Stand1204-2-web.pdf>.

BMFSFJ (2021): Elternsein in Deutschland, 9. Familienbericht.

**Link:** <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/179392/195baf88f8c3ac7134347d2e19f1cdc0/neunter-familienbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>.

Institut der deutschen Wirtschaft (2023): Bildungsmonitor 2023.

**Link:** <https://www.insm-bildungsmonitor.de/>

Autor\*innengruppe (2022). Bildung in Deutschland 2022, ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zum Bildungspersonal. wbv Publikation.

OECD (2023): PISA 2022 Ergebnisse (Band I), Lernstände und Bildungsgerechtigkeit, PISA. wbv Media.

**Link:** <https://doi.org/10.3278/6004956w>

